

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10. September 2015.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zum **Workshop „Ideen zur Neugestaltung der Shadowstraße“** teilte die Verwaltung mit, dass es keine Denkverbote gibt. In der ersten Veranstaltung gaben die begleitenden Künstler erste Impulse: Grün und Baumpflanzungen sollen im Bereich der Liesegangstraße gebündelt werden. Im übrigen soll die Straße durch Licht und Pflaster gestaltet werden. Im nächsten Workshop am 22.9. können weitere Vorschläge eingebracht werden.

Die FDP fragte nach der aktuellen **Situation der Flüchtlinge**. Die Verwaltung teilte mit, dass zur Zeit 4189 Flüchtlinge in Düsseldorf sind, davon sind 3839 in städtischen Einrichtungen und 350 in Landeseinrichtungen. Im 3. und 4. Quartal werden folgende Unterkünfte für insgesamt 2965 Personen fertiggestellt:

Robert-Stolz-Str. 5-9 – 200 Personen

Vogelsanger Weg 49 – 150 Personen

Borbecker Str. 24 Wohnheim – 45 Personen

Markenstr. 21 – 100 Personen

Wohnmodulanlagen für 1720 Personen an den Standorten Meineckestr. (200), Grunewaldstraße (200), Blanckertzstr. (160), Oberlöricker Str. (200), Moskauer Str. (160), Karlsbader Str. (200), Schimmelpfennigstr. (200), Zur Lindung (200), Leuchtenberger Kirchweg (200)

Tragflughallen St. Franziskus-Str und Koblenzer Str. 133 für jeweils 300 Personen (Hier werden künftig die Malteser für die Versorgung zuständig sein. Die Kosten liegen bei knapp 25 Euro/Person.)

Zelthallen Ulmenstr. 81-83 (150)

Vorbereitet wird eine Erstaufnahmestelle des Landes in einer außerhalb des Messegeländes liegenden Halle mit einer Kapazität von bis zu 1000 Personen.

Hinsichtlich der Bergischen Kaserne wird weiterhin geprüft, unter welchen Bedingungen eine Erstaufnahme dort eingerichtet werden kann. Das Projektierungskonzept liegt noch nicht vor. Zu gegebener Zeit ist ein Bürgerforum vorgesehen.

Der Beigeordnete Hintzsche dankte allen Helfern und Helferinnen, die sich engagieren und insbesondere im Bereich des Fernbahnhofs die Verteilung der Flüchtlinge organisieren. Oberbürgermeister Geisel gab auch den besonderen Dank der Ministerpräsidentin an die Stadt bekannt.

Anfragen

Eine Anfrage der CDU befasste sich mit dem „Abflug“ der Lufthansa und dem Flughafenstandort. Der Oberbürgermeister verwies auf die kontinuierlichen Gespräche mit der Lufthansa-Group und die unterschiedliche Tarifstruktur der Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf. Er teilte mit, dass Eurowings weiterhin ihren Sitz in Düsseldorf haben wird. Die Verbindung nach Chicago wird im Winterflugplan ausgesetzt, für den Sommer ist noch keine Entscheidung getroffen. Da es dauerhaft eine ganzjährige Verbindung nach Chicago geben soll, wird mit anderen Fluggesellschaften verhandelt. Mit 2500 Mitarbeitern ist Düsseldorf weiterhin der weltweit Drittgrößte Standort der Lufthansa-Gruppe. Die Techniker betreuen weitere 26 Airlines. Die Neupositionierung der Lufthansa-Group hat keine negativen Auswirkungen auf das Image und die Attraktivität des Flughafens. Der Interkontinentalbereich ist stark gewachsen, der Lufthansaanteil allerdings gesunken, weil diese eine Konzentration auf Frankfurt und München durchgeführt hat.

Sind **Städtepartnerschaften** noch zeitgemäß – fragte die CDU-Fraktion. Der Oberbürgermeister teilte mit, dass Städtepartnerschaften der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Austausches sowie der Annäherung und Vernetzung von Bürgern und Bürgerinnen in den Bereichen Schule, Sport und Kultur dienen. Städtepartnerschaften brauchen ein starkes bürgerschaftliches Engagement als Rückgrat. Seit Sommer 2015 findet ein Austausch von Praktikanten mit Toulouse statt. Trotz der angespannten außenpolitischen Lage sind die Türen für den Dialog in Moskau offen geblieben. Ein Austausch von Experten der Jugendämter Düsseldorf-Haifa hinsichtlich der Betreuung junger Familien ist in Vorbereitung. Städtepartnerschaften dienen auch dem Stadtmarketing, nämlich Düsseldorf als lebenswerte Stadt positionieren und Multiplikatoren für Düsseldorf zu gewinnen.

Darüber hinaus gibt es ein breites Netzwerk an internationalen Kontakten. Mit Palermo gibt es einen regen kulturellen Austausch seit vielen Jahren. Gespräche mit Athen, Izmir und Lissabon sind avisiert. Voraussetzung ist ein nachhaltiges Interesse der Zivilgesellschaft. Transatlantische Beziehungen gibt es punktuell. In der nächsten Woche reist eine Delegation nach Boston und Montreal, um die Zusammenarbeit im Bereich Life Science und nachhaltiges Verkehrsmanagement auszuloten. Derzeit sind zwei Mitarbeitende und eine Teilzeit-Beschäftigte im Büro internationale Angelegenheiten tätig, das Budget inkl. Personal beträgt rd. 295.000 Euro.

Die Verwaltung teilte aufgrund einer Anfrage der Linken mit, dass es zu folgenden **Zwangsräumungen von Wohnungen** kam: 2010 - 762, 2011- 883, 2012 - 752, 2013 – 803, 2014 – 668, 2015 Tendenz rückläufig. In Obdach genommen wurden in diesen Jahren zwischen 30 und 45 Haushalte.

Aufgrund einer Anfrage der Linken teilte die Verwaltung mit, dass die **Unterbringung in Sammelunterkünften** nach 15 Monaten endet, es sei denn, dass keine Wohnung gefunden wird. Zum 31.8.2015 befanden sich 363 Flüchtlinge in Sammelunterkünften, deren Unterbringungsverpflichtung geendet hat. Zum 1.1.2014 waren es 56, zum 1.1.2015 199. Die Verwaltung berichtete, dass für 250 Wohnungen öffentliche Förderanträge vorgemerkt sind.

Kleine Kommission Wehrhahnlinie

Die Verwaltung teilte mit, dass die Arbeiten im Zeitplan liegen. Die Eröffnung erfolgt am 20.2.2016, die Inbetriebnahme am 21.2.2016. Am 28.11., 5.12. und 12.12. wird es pre openings der Bahnhöfe geben. Die Kostenprognose liegt bei 832 Mio brutto, einschließlich des Sonderbaus jüdischer Friedhof bei 847 Mio Euro.

Anträge

Der Antrag der Linken, keinen **Empfang für das Bundeswehr Landeskommando NRW** und den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr anlässlich des Schiesswettbewerbs „Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal“ zu geben, wurde bei Enthaltung von BÜ 90 von den anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der Linken, an die Schulen zu appellieren, **keine Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken** einzuladen, wurde bei Enthaltung der Tierschutzpartei von den anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der Linken, die Richtlinien für **Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterhonorare der VHS** zu überarbeiten und den Beschluss des Kuratoriums (Erhöhung des Regelhonorars auf 25 Euro) umzusetzen, wurde in die Haushaltsberatungen verwiesen.

Der Antrag der Linken, ein **neues Bäderkonzept** zu erarbeiten, wurde bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Linke beantragte, dass sich der Rat dafür ausspricht, dass Wohnraum ohne Genehmigung nicht länger als drei Monate leer stehen darf. Hierzu sollte eine **Satzung gegen Wohnraumzweckentfremdung** zu erarbeiten. Der Antrag fand keine Unterstützung der anderen Ratsmitglieder (Enthaltung BÜ 90).

Haushalt

Oberbürgermeister Geisel gab zunächst einen Rückblick auf sein erstens Amtsjahr. Er berichtete von der positiven Aufnahme in der Verwaltung und erinnerte, dass er keinesfalls mit dem eisernen Besen durch das Büro Oberbürgermeister gekehrt hat und bei seinen Personalentscheidungen keinesfalls das Parteibuch zugrunde gelegt hat. Auch die Besetzung des Bau- und Planungsdezernats wird, falls der Beigeordnete, was er persönlich bedauert, nach Mönchengladbach wechselt, nach Eignung, Fähigkeit und fachlicher Leistung entschieden und nicht nach Parteibuch. Er bedankte sich sowohl beim Personalrat als auch bei den Beigeordneten und insbesondere beim zu den Stadtwerken wechselnden Stadtdirektor Abrahams für die Zusammenarbeit. Oberbürgermeister Geisel bedankte sich für das überwältigende bürgerschaftliche Engagement nach dem Orkan Ela und die Spenden. Es macht ihn stolz, dass Weltoffenheit und praktizierte Nächstenliebe jeden Tag von ganz vielen Bürgern demonstriert wird. Herzlichen Dank sagte er stellvertretend den vielen Ehrenamtlichen, die Flüchtlinge empfangen, betreuen und integrieren und dankte ebenfalls der Flüchtlingsbeauftragten Miriam Koch und dem Beigeordneten Burkhard Hintzsche, dem Leiter des Krisenstabes.

Er reflektierte sodann nicht so positive Erfahrungen und Überraschungen. Dass die Kasse weitestgehend leer ist, war nicht so überraschend. Die Nummer mit dem Sparschein, das ihm die CDU zur Amtseinführung überreicht hatte, bezeichnete er als Taschenspielertrick, Das Liquiditätspolster aus 2008 in Höhe von 700 Mio ist linear auf jetzt noch 100 Mio. abgeschmolzen. Sechs Jahre hat man über die Verhältnisse gelebt, sonst wäre die Liquidität nicht abgeschmolzen. Die Erlöse aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile wurden für Prestigeobjekte genutzt, die erhebliche Folgekosten verursachen. Man hat ein Renditeobjekt gegen Prestigeobjekte getauscht. Es ist wahnsinnig viel liegen geblieben, nur leider kein Geld. Es fehlen Schulen, die Bäder sind abgebadet, Kulturbauten marode, in der Stadtverwaltung gibt es viele unbesetzte Stellen.

Im Rahmen solider Haushaltspolitik soll nicht bei den Investitionen gespart werden, die für Zukunftsfähigkeit wesentlich sind. Der Oberbürgermeister wies darauf hin, dass in den Zahlen des Schulentwicklungsplanes die gestiegenen Flüchtlingszahlen noch nicht berücksichtigt sind. 50 zusätzliche Züge mit rund 200 Klassenzimmern sind bis 2020 notwendig. Diese Investitionen müssen gemacht werden unabhängig von der Kassenlage. Thomas Geisel verwies auf die Beschleunigung durch die Gründung der IPM sowie der Projektgruppe Schulbau. Schulorganisatorische Maßnahmen im Volumen von 150 Mio Euro sind auf den Weg gebracht. Das Albrecht-Dürer-Berufskolleg wird endlich nach 10 Jahren in Angriff genommen. Er bezeichnete die Fertigstellung zum Schuljahr 2018/19 als sportliche Herausforderung. Nach einem Gespräch mit Bundesbahnvorstand Profalla ist er zuversichtlich, dass der RRX-Halt 2023 in Benrath realisiert ist.

Der Oberbürgermeister kündigte an, dass für Schulsanierungen wiederum 30 Mio Euro bereitstehen. Er appellierte an Geduld: „Wir holen nach, was viele Jahre versäumt wurde.“ Man werde allerdings nicht ohne Provisorien auskommen. Die Kinderbetreuung soll weiter ausgebaut werden. Er bezeichnete sie als wichtiges Bildungsangebot für die zunehmende Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund und notwendig im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Verwaltung schlägt vor, die Beiträge neu zu strukturieren. Klar ist, dass dies ein kontroverses Thema ist. Aus Sicht der Verwaltung ist die Tren-

nung in unter und über Dreijährige nicht sinnvoll. Deshalb schlägt sie vor, den Kitabesuch bei einem Jahreseinkommen von unter 50.000 Euro frei zu stellen, während jetzt in der Unter-Dreijährigen-Betreuung ab 30.000 Euro Einkommen Beitrag gezahlt werden muss. Bei einem Haushaltseinkommen über 50.000 Euro geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und doppeltes Einkommen. Hier hält die Verwaltung nach Höhe des Einkommens gestaffelte Beiträge für gerechtfertigt. Geschwisterkinder sollen von Beiträgen frei gestellt werden. Der Oberbürgermeister räumte ein, dass das Thema ist umstritten ist. Er respektiere, wenn der Rat anderer Meinung ist, bat aber, den weiteren Ausbau der Kapazitäten nicht in Frage zu stellen.

Der Oberbürgermeister erinnerte, dass das Bäderkonzept seit 6 Jahren diskutiert wird. Nun sollen Modernisierungen und bedarfsgerechter Neubau auf Grundlage eines wirtschaftlichen Konzepts verbunden mit Verkleinerungen und Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen erfolgen. Das neue Bad für den Stadtbezirk 4 bezeichnete er als Hingucker von aussen und innen. Am alten Standort soll Wohnungsneubau realisiert werden und das neue Bad über den Grundstückserlös finanziert werden.

Thomas Geisel betonte, dass mit dem Sparen bei der Verwaltung selbst angefangen werden muss. Hierbei stellt sich die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, perspektivisch zu sparen. Der Personalkostenblock ist der größte Block, auf den selbst Einfluss genommen werden kann. Der Oberbürgermeister kündigte ein vorausschauendes Personalwirtschaftskonzept an, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch nach dem Ausscheiden der Baby-Boomer-Jahrgänge zu sichern. Vorübergehend muss mehr ausgebildet werden, um einen gesunden demographischen Aufbau sicherzustellen. Am Ende der Untersuchung der Effizienz von Pflichtaufgaben, Doppelarbeit, unnötigen Schnittstellen, überflüssigen Kontrollschleifen und Dokumentationspflichten soll ein ehrlicher Stellenplan stehen. Betriebsbedingte Kündigungen schloss Thomas Geisel aus.

Im Rahmen einer soliden Haushaltspolitik soll darauf geachtet werden, dass das ausgegebene Geld auch tatsächlich die größtmögliche Wirkung entfaltet. Der Oberbürgermeister kündigte an, dass die 130 Mio für die Kultur nicht gekürzt, aber auch nicht nennenswert erhöht werden. Er forderte auf, sich darauf zu besinnen, wie die Stadt als Kulturmetropole die höchste Strahlkraft entfalten kann. Es gibt viele Leuchttürme wie Zero oder Kraftwerk, die nicht in Düsseldorf strahlen. Der Schatz der Kippenberg-Stiftung strahlt hinter Glas im Schloss Jägerhof und in Kisten im feuchten Keller. Er regte an, das Schumann-Haus zu sanieren, und dort ein wirkungsvolles Archiv in Verbindung mit den Handschriften zu schaffen. Glas- und Porzellanschätze könnten gemeinsam beworben und präsentiert werden. Thomas Geisel stellt in Frage, ob im Theatermuseum alle Bühnenbilder und Kostüme im Zeitalter der Digitalisierung archiviert werden müssen. Düsseldorf muss mit seinem Kulturangebot so wuchern, dass die Stadt als veritable Kulturmetropole wahrgenommen wird.

Der Oberbürgermeister schloss die Veräußerung von Beteiligungsvermögen nicht generell aus. Veräußerungen dürfen aber nicht erfolgen, um laufende Ausgaben oder Wohltaten zu finanzieren. Für Wettbüros wird eine Steuer eingeführt, die Erhöhung der Parkgebühren bezeichnete er als haushalts- und verkehrspolitisch geben. Sie passen in das Niveau anderer Metropolen. Angesichts der Haushaltslage kann es beim Bau der U81 keinen Luxus geben. Ein Tunnel mit Kosten von 30 Mio Euro wird nicht refinanziert. Die städtischen Beteiligungen sind keine Reservekasse zum Stopfen der Haushaltskasse. Wenn sie leistungsfähig sind und große Profite abwerfen, kann auch der öffentliche Anteilseigner Rendite erwarten, die er für das Gemeinwohl einsetzt.

Die Diskussion bei der Stadtparkasse bezeichnete er als unverständlich, weil sie ausschüttungsfähig ist. Er forderte auf, mit der Politisierung von Aufsichtsorganen aufzuhören. Die wirtschaftliche Stärke der Stadt bezeichnete der Oberbürgermeister als Humus, auf dem etwas Neues entstehen kann. Durch die Startup-Initiative hat die Düsseldorf als

Standort für junge Unternehmer etabliert. Das Stadtmarketing soll neu aufgestellt, der Dachmarkenprozess wieder aufgemacht werden. Als drängendes Problem bezeichnete Thomas Geisel die Bewältigung des Bevölkerungszuwachses. 3000 Wohnungen pro Jahr zu errichten, wird wohl zu wenig sein. Er dankte dem Land für das bereitgestellte Budget für öffentlich geförderte Wohnungen und betonte die Wichtigkeit zügiger Entscheidungsprozesse sowie Beschleunigung bei Planung und Genehmigung von Bauvorhaben. An die Zielen des Handlungskonzeptes Wohnen soll festgehalten werden: Innenverdichtung für Außenverdichtung und Durchmischung in allen Stadtteilen. Große Sorge bereitet ihm das Besitzstandsdenken, das dazu führt, dass kein Bolzplatz mehr ohne große Lärmschutzwände errichtet werden kann. Thomas Geisel sprach vom Zauber der Großstadt und dem Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme sowie der Vielfalt, die den Reiz der Großstadt ausmacht.

Der Oberbürgermeister resümierte: Vieles ist gemeinsam auf den Weg gebracht. Düsseldorf ist kein weißer Fleck mehr in der regionalen Zusammenarbeit. Städtepartnerschaften werden vertieft, Investitionen auf den Weg gebracht, Weichenstellungen in der Verkehrspolitik getroffen, der Wohnungsbau in den Mittelpunkt der städtebaulichen Aktivitäten gestellt. Den Rat forderte er auf, mitzuhelfen, die Stadt nach vorn zu bringen.

Stadtdirektor Abrahams brachte den Haushaltsentwurf ein. Bei Erträgen von 2.589 Mio Euro und Aufwendungen von 2.652 Mio Euro muss zum Ausgleich eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 35,5 Mio eingepplant werden.

Eingepplant sind die Erhöhung von Parkgebühren, Vergnügungssteuer sowie Gebühren für Kindertagesstätten. Neu eingeführt wird eine Wettbürosteuer. Die Sachaufwendungen werden pauschal um 3,3 % gekürzt, konkrete Maßnahmen müssen noch hinterlegt werden. Wesentliche Investitionen betreffen den öffentlichen Nahverkehr, den Kö-Bogen-Tunnel, Hochwasserschutz und Schulen. Das Ziel, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, wurde nicht erreicht. Die Aufwendungen für Asylsuchende und Flüchtlinge müssen über das Veränderungsverzeichnis den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Gewerbesteuvorauszahlungen liegen in diesem Jahr erstmals wieder auf dem Niveau vor der Finanzkrise. Für dieses Jahr werden Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 874 Mio Euro erwartet, für 2016 sind 903 Mio Euro veranschlagt. Kreditaufnahmen sind nicht notwendig, der Geldbedarf kann aus der Holding gedeckt werden. Lediglich im Zusammenhang mit Steuerhebeterminen können kurzfristige Liquiditätsaufnahmen erforderlich werden. Dem Stadtdirektor erschließt sich nicht, warum die Stadtparkasse bei herausragenden Unternehmensergebnissen nichts abführen soll, insbesondere wenn der geplante Gewinn exorbitant höher ist.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss einstimmig geänderte **Richtlinien für die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum**.

Der Rat benannte einstimmig die Platzfläche zwischen Südallee und Kammerrathsfeldstraße in Urdenbach in **Josef-Kürten-Platz**. Josef-Kürten war von 1979 bis 1984 Oberbürgermeister und engagierte sich über 50 Jahre für die CDU in der Kommunalpolitik.

Der Rat nahm einstimmig eine **Geldspende** in Höhe von 30.000 Euro der SC Johnson GmbH an, mit der **neue Bäume** im Schlosspark Benrath gepflanzt werden.

Der Rat stellt der Firma Heidelberger Druckmaschinen AG im Rahmen der **Drupa** 2016 eine Teilfläche von ca. 6060 qm im Nordpark gegen Entgelt für die Zeit vom 18.5. bis 16.6.2016 zur Verfügung (einstimmig).

Der Rat verlieh einstimmig **Förderpreise:**

- für bildende Kunst an die Malerin Julia Gruner und den Maler Max Schulze
- für darstellende Kunst an die Schauspieler Moritz Führmann und das Tanz-Duo Hartmann-Mueller
- für Musik an die Pianistin Friederike Möller und den Bassisten Nico Brandenburg
- für Literatur an den Autor Dorian Steinhoff
- für Wissenschaften an Dr. Svenja Caspers für innovative Hirnforschung

Der Rat beschloss einstimmig die überarbeitete **Richtlinie für die finanzielle Förderung, Prämierung und Auszeichnung von Leistungen und Verdiensten im Düsseldorfer Umwelt- und Naturschutz sowie die Vergabe des Umweltpreises**. Im Teilprogramm „Mach was draus“ werden kleine noch nicht realisierte Projekte mit bis zu 250 Euro gefördert. Mit der Umweltprojektförderung können noch nicht realisierte Projekte oberhalb von 250 Euro gefördert werden. Der Umweltpreis würdigt Umweltengagement im Nachhinein. Es können ein oder mehrere Preise in Höhe von bis zu 2500 Euro sowie Geldprämien und Auszeichnungen vergeben werden.

Der Rat nahm einen Bericht über das **Projekt ARTIG** Zentrale für Culturelle Entwicklung zur Kenntnis und nimmt mit Dank die Spende der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH in Höhe von rd. 141.000 Euro an. Das diesjährige ARTIG Culturlabor bot jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren 35 Workshops von Experten aus den Bereichen Bildende Kunst, Design, Fotografie, Installation, Film, Literatur, Tanz, Choreographie und Theater an. Jetzt werden die im Culturlabor entstandenen Ideen ausgearbeitet, um anschließend öffentlich als ARTIG Werkschau im Februar im NRW-Forum präsentiert zu werden.

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur **Mitbenutzung des Sonderabfallzwischenlagers**. Die Laufzeit wird bis zum 31.12.2018 verlängert. Sie verlängert sich um jeweils 5 Jahre, wenn sie nicht vor Ablauf einer Frist von 2 Jahren gekündigt wird.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Aktualisierung des Public Corporate Governance Kodex**, um das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst zu verankern. Auf Antrag der Linken beauftragte der Rat die Verwaltung zu prüfen, ob die Geheimhaltungspflicht für Aufsichtsratsmitglieder beschränkt werden kann für Tagesordnungspunkte, die zum Schutz berechtigter Ansprüche Einzelner, zum Wohl des jeweiligen Unternehmens oder zum Wohl der Allgemeinheit der Verschwiegenheit bedürfen (gegen CDU).

Der Rat beschloss einstimmig die Errichtung des Gebietszentrums im Competence Center Beihilfe zur Anbindung weiterer Kommunen in NRW an das IT-Verfahren „**Beihilfen-RWplus**“ im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Der Rat genehmigte (bei einer Gegenstimme) eine Dringlichkeitsentscheidung zur **Anmietung und Errichtung von zwei Traglufthallen** zur Unterbringung von 600 Asylsuchenden Personen und Flüchtlingen auf den Grundstücken Koblenzer Straße 133 und Sankt-Franziskus-Straße. Die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung belaufen sich monatlich auf ca. 1,1 Mio Euro.

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung seiner **Geschäftsordnung**. Vor einem Jahr ist beschlossen worden, die öffentliche Sitzung per Livestream ins Internet zu übertragen. Nunmehr soll eine Speicherung bis zum Zeitpunkt der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung erfolgen. Jede redeberechtigte Person muss neben der schriftlichen Erklärung zur Übertragung ihrer Redebeiträge eine Erklärung abgeben, ob sie auch mit deren Speicherung zum nachträglichen Abruf einverstanden ist. Die beiden Erklärungen

müssen nicht übereinstimmen. Der Antrag von BÜ 90, die Speicherung bis zum Ende der Wahlperiode, mindestens jedoch für ein Jahr ab Datum der Ratssitzung durchzuführen, fand keine Mehrheit.

Der Rat beschloss ein Konzept für ein beim Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern angesiedeltes **Diversity-Management** (Enthaltung CDU, AfD, freie Wähler, Tierschutzpartei).

Personalien

Der Rat wählte

- in geheimer Wahl Dorothee Schneider mit Wirkung vom 1.10.2015 für acht Jahre zur Beigeordneten (51 ja, 24 nein, 5 Enthaltungen) und beschloss, sie als Stadtkämmerin zu bestellen (ja SPD, BÜ 90, Pirat, FDP, freie Wähler/Tierschutzpartei, 1 CDU, Enthaltung Linke, 1 freier Wähler, 1 CDU, nein CDU);
- Helga Stulgies für eine weitere Amtszeit von acht Jahren mit Wirkung vom 1.1.2016 (Enthaltung Linke, 1 freie Wähler);
- Burkhard Hintzsche mit Wirkung vom 1.10.2015 zum Stadtdirektor (Enthaltung Linke).

Der Rat

- entsandte Ratsmitglieder in die Ausschüsse (deutsche-Polnischer Ausschuss, Deutsch-Französischer Ausschuss, Ausschuss für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit) der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Die SPD wird durch Frank Spielmann und Matthias Herz vertreten.
- bestellte die Mitglieder des Euregiorats des Zweckverbandes Euregio Rhein-Waal. Die SPD wird vertreten durch den Oberbürgermeister Thomas Geisel sowie Angelika Wien-Mroß (Stellvertreter Matthias Herz);
- beschloss den Beitritt der Stadt zum Zweckverband euregio rhein-maas-nord zum 1.1.2016 und bestellte seine Mitglieder für die Verbandsversammlung. Die SPD wird vertreten durch Oberbürgermeister Thomas Geisel (Vertreter Burkhard Hintzsche) sowie Matthias Herz (Vertreter Markus Raub) und Frank Spielmann (Helga Leibauer);
- wählte den Aufsichtsrat der NRW-Forum Düsseldorf gGmbH. Die SPD wird vertreten durch Cornelia Mohrs und Rajiv Strauss;
- wählte die städtischen Vertreter in den Aufsichtsrat der Neue Schauspiel-GmbH. Die SPD wird vertreten durch Peter Knäpper und Philipp Tacer;
- stimmte der Neu- und Wiederbestellung der Sachverständigen zu Mitgliedern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte zu (Enthaltung Linke);
- bestellte die Leiterin des Hauptamtes Dr. Charlotte Beissel in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland und Peter Adelskamp (stellv. Leiter des Hauptamtes) zum Stellvertreter.

Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- **Sanierung der mechanischen Reinigungsstufe im Klärwerk Süd** mit voraussichtlichen Kosten von 9,1 Mio Euro. Zwischen 2016 und 2018 soll die sanierungsbedürftige Maschinenteknik an den Stand der Technik angepasst werden (einstimmig);
- **Umgestaltung der Straßenzüge** Friedrichstraße - Breite Straße und Kasernenstraße - Elisabethstraße vom Bilker Bahnhof bis zur Elberfelder Straße **nach Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie**. In einem Moderationsverfahren wurde mit örtlichen Beteiligten ein Konzept erarbeitet. Zwischen Heinrich-Heine-Platz und Benrather Straße werden einstreifige Richtungsfahrbahnen mit 5 m Breite sowie 2,60 breite Radfahr-

steifen gebaut. In Teilbereichen wird es Längsparkstände geben. Zwischen Benrather Straße und Graf-Adolf-Platz werden 2 Richtungsfahrbahnen mit insg. 6 m Breite sowie ein Radfahrstreifen mit 2,50 m Breite ausgebaut. Es wird Längs- und Schrägparkstände geben. Der Bereich der Bastionsstraße wird als verkehrsberuhigter Bereich mit Berücksichtigung der Zufahrten zum Verwaltungsgericht sowie zum Luisengymnasium errichtet. Die Gestaltung des Graf-Adolf-Platzes Süd wird an die Freianlagen im nördlichen Bereich angepasst. Das indirekte Abbiegen nach Norden wird über die Fahrbahn parallel zum Gebäuderiegel abgewickelt. Die Fahrflächen der Friedrichstraße werden mit einer überbreiten einstreifigen Richtungsfahrbahn mit 5 m Breite sowie einem Radfahrstreifen von 2,50 m ausgebaut. Multifunktionale Seitenräume können für Außenbegastronomie, Parken, Liefern genutzt werden. Es soll Tempo 30 ausgeschildert werden. Die Fahrflächen der Elisabethstraße werden mit zwei Richtungsfahrbahnen mit insg. 6 m Breite und einem Radfahrstreifen (2,50 m) ausgebaut. Es werden Längsparkstände angeordnet. Die Straßenbahnhaltestellen in der Bilker Allee werden barrierefrei zwischen Friedrichstraße und Elisabethstraße angeordnet. Die Kirchfeldstraße wird als Fahrradstraße ausgewiesen. Es werden ca. 200 Bäume neu gepflanzt, 33 müssen gefällt werden. Die Kosten werden überschlägig mit 33,6 Mio Euro kalkuliert. In den nächsten zwei Jahren werden die Planungen weiter konkretisiert, Zuschussmöglichkeiten für den Haltestellenumbau abgeklärt und die Umlage von Anliegerbeiträgen rechtlich geprüft. Mit ersten Baumaßnahmen ist frühestens 2017 zu rechnen, wobei zunächst noch Kanalerneuerungen in der Friedrichstraße (bis Mitte 2018) erfolgen (gegen Linke).

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- **Lärmschutzanlage Kevelaer Straße** mit Gesamtkosten von rd. 1,6 Mio Euro. Die 5 m hohe und rd. 520 m lange Lärmschutzwand, deren Lage und Gestaltung breite Zustimmung der AnwohnerInnen findet, wird in den vorhandenen Pflanzstreifen integriert. Baubeginn ist im April 2016, Fertigstellung im August 2016;
- **Verlängerung Böhlerstraße** mit Gesamtkosten von 9,3 Mio Euro. Hiervon trägt die Stadt Meerbusch 4,1 Mio. Der nur von Fuß- und Radverkehr sowie landwirtschaftlichem Verkehr genutzte Böhlerweg wird ausgebaut. Die verlängerte Böhlerstraße stellt den notwendigen Lückenschluss zwischen der Krefelder Straße und der Brüsseler Straße her. Die Böhlerstraße wird auf einer Länge von 690 Metern mit einem Fahrstreifen je Richtung ausgebildet. In den Knotenpunkten sind zusätzliche Fahrstreifen vorgesehen. Der Rad- und Fußgängerverkehr wird auf der Südseite einseitig im Zweirichtungsverkehr mit einem 2 m breiten Radweg und einem 1,50 m breiten Gehweg abgewickelt. Zur Fahrbahn erfolgt die Abtrennung durch einen 2,25 m breiten Grünstreifen. Mehrere Knotenpunkte werden verändert. Bestandteil der Baumaßnahme ist eine 3 m hohe und 280 m lange Lärmschutzwand zum Schutz der Wohnbebauung. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Stadt Meerbusch. Baubeginn ist im Dezember 2015 geplant, Fertigstellung im Juni 2017;
- **Straßenkanal Karl-Geusen-Straße** – westlich Seeheimer Weg mit Gesamtkosten von 1,6 Mio Euro. Insgesamt 292 m Regenwasserkanal aus dem Jahr 1932 werden zwischen Januar und Dezember 2016 erneuert. Ca. 150.000 Euro werden auf die Anlieger umgelegt;
- **Neubau des Stadtteiltreffs Wersten**, Immigrather Straße 45 mit Gesamtkosten von 3 Mio Euro. Das Land beteiligt sich im Rahmen des Stadtförderprogramms „Soziale Stadt“ mit knapp 1,8 Mio Euro. Der AWO-Aktiv-Treff ist bisher in einem Ladenlokal an der Immigrather Str. 3 untergebracht. Eine Jugendfarm umfasst Stallungen für Tiere und ein Holzhaus als Fahrrad- und Werkstattlager. Auf diesem Gelände soll ein neuer barrierefreier Stadtteiltreff mit Büro-, Beratungs- und Gruppenräumen sowie einem Mehrzweckraum entstehen. Dahinter werden die Stallungen errichtet. Fahrradreparatur und Werkstattlager können auf einer größeren Hoffläche stattfinden. Baubeginn im 4. Quartal 2015, Fertigstellung im 2. Quartal 2017.

Der Rat beschloss einstimmig

- in Abänderung seines Beschlusses vom 30.4.2015 den **Neubau eines Stadtteilbades in Oberkassel** auf dem Grundstück der Bezirkssportanlage Heerdt/Oberkassel an der Pariser Straße. Es ist ein Schwimmbad mit einem 25-m-Becken, einem Lehrschwimmbecken mit Hubboden und einem Kleinstkinderbecken geplant. Einschließlich einer Gymnastikhalle im Sockelgeschoss, Räumlichkeiten für die Vermietung einer Physiotherapie-Praxis und eines Veranstaltungsraumes (Bürgersaal) im Obergeschoss für bis zu 200 Personen wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von 14, 2 Mio kalkuliert. Die notwendigen Flächen werden im Wege des Erbbaurechts der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH zur Verfügung gestellt. Außerdem werden 2016 bis zu 1 Mio Euro als Planungsmittel bereitgestellt. Das Grundstück Lütticher Straße (geschlossenes Hallenbad) soll verkauft werden, der Erlös zur Finanzierung des Neubaus verwendet werden. Die Detailplanungen sollen 2016 erfolgen. Ziel ist eine Eröffnung Anfang 2019. Aufgrund der Nähe zum Deich ist eine deichaufsichtliche Genehmigung erforderlich. Wegen der Inanspruchnahme von Teilflächen der Bezirkssportanlage müssen die Verträge mit den Sportvereinen angepasst werden. Das Grundstück liegt auf einer Altablagerung, weitere Bodenuntersuchungen sind erforderlich. Auf Antrag von SPD, FPD und BÜ 90 beauftragte der Rat die Verwaltung zu prüfen, ob und wie Räumlichkeiten für die Bezirksverwaltungsstelle in die Planung integriert werden können. Neben den baulichen sind die steuerlichen, finanziellen, zeitlichen und planungsrechtlichen Auswirkungen zu bewerten (Enthaltung AfD, Tierschutzpartei, freie Wähler).

Planungsrecht

Der Rat nahm die Überprüfung und Beibehaltung der Geltungsbereiche der geltenden **Erhaltungssatzungen im Stadtbezirk 4** sowie die Überprüfung und Neufassung der Begründung für das Erhaltungssatzungsgebiet in Düsseldorf-Oberkassel zustimmend zur Kenntnis (gegen Linke und BÜ 90).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de